

Buchpräsentation von Band 6 der Willy-Brandt-Studien Reihe der
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Gunter Hofmann

Anmerkungen zu: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hg.): „Wir wollen mehr
Demokratie wagen“. „Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens“
19. Juni 2019

Heutige Titel zu unserem Thema lauten: How Democracies die (Steven
Levitsky und Daniel Ziblatt), The Road to Unfreedom: Russia, Europe,
America (Timothy Snyder), The People vs. Democracy (Yascha Mounk), How
Democracy ends (David Runciman), Democracy and its Discontents,
(Rezension von Adam Tooze: NYReview of Books), oder Bücherthemen bei
uns: Autoritäre Versuchungen (Wilhelm Heitmeyer). Hervorragend.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen“ – das war eine andere Welt,
Demokratie war auf jeden Fall positiv besetzt.

Die Autorinnen und Autoren der Tagung, auf der dieser vorliegende Band
gründet, befassen sich mit der Vorgeschichte, der konkreten Umsetzung, mit
internationalen Parallelen, oder mit den Auswirkungen auf die eigene
Außenpolitik – wobei das Demokratisierungsversprechen oft gerade auf
internationaler Ebene merkwürdig ausgeblendet blieb. Oder gar verbogen
wurde. Im Vorwort wird daran erinnert, wie sehr der Radikalerlass 1972 –
sicher einer der größten politischen Fehler der Brandt-Ära - Zweifel gesät hat,
ob es mit der Demokratisierung wirklich ernst gemeint sei; oder weshalb es
die Sozialdemokraten nicht schafften, die sozialen Bewegungen der 70er
Jahre wirklich zu integrieren.

Man relativiert nicht die sehr differenzierte Vorgeschichte und auch nicht
die geschilderten Nachwirkungen, wenn man festhält: Es handelte sich auch
um einen Moment mit Eigendynamik. 1969! Implizit meinte Brandts Satz
damals auch: Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern auch als
Gesellschafts- und Lebensform. Nicht nur Repräsentation, sondern auch
unvermittelte Teilhabe. Lehrer und Schüler, leitende Angestellte und
Lehrlinge. Nicht morgen, sondern jetzt! Daher ging das Wort von der
„Umgründung“, oder von der „Fundamentalliberalisierung“ nicht zu weit. So
habe auch ich 1969 vor Augen. Im Jahr zuvor hatte Brandt, an die Adresse
der APO, von der „Generation auf die wir gewartet haben“ gesprochen. Viele
empfanden das als Einladung zum „Marsch durch die Institutionen“. Nichts
davon übrigens war unumstritten. Dietmar Süß rekapituliert dazu einen
anderen Brandt-Satz: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir
fangen erst richtig an“. Das brachte nicht nur Konservative in anderen
Parteien, es brachte auch Parteifreunde fast auf die Barrikaden, wenn ich es
richtig erinnere, z. B. auch Helmut Schmidt. Die Demokratie sei doch
eigentlich fertig, meinte auch er, seit 1953 hatte er im Bundestag mitgewirkt.
Einen sehr persönlichen Aspekt hatte das Demokratie-Versprechen in der
Regierungserklärung wohl nicht zuletzt auch: Den „anderen Brandt“ konnte
man einen Augenblick lang erkennen. Routine war als Auftakt der
sozialliberalen Koalition nicht genug. Unter dem Strich jedenfalls machte er

mit seinem Wort aus einer langen, allmählichen Entwicklung auf dem Weg von Adenauers paternalistischer Demokratie in Dahrendorfs Konfliktdemokratie einen Anspruch und ein Programm.

Ich würde mich zu denen zählen, die mehr in Brandt und seine Regierung projizierten, als einzulösen war. Dennoch: Staat und Gesellschaft, so lässt sich das bündeln, rückten erstmals in der Geschichte der jungen Bundesrepublik näher zusammen. Jürgen Habermas, wurde gemunkelt, saß mit Kollegen in einem Gesprächszirkel bei Horst Ehmke. Auch Claus Offe. So stellten wir jungen Journalisten uns eine Politik vor, die den gesellschaftlichen Diskurs ernst nimmt und den „Staat“ nicht nur für Befugte reserviert.

Mehr soziale Durchlässigkeit war erwünscht, also eine Reform des Bildungssystems. Es ging um eine Senkung des Wahlrechtsalters auf 18, um Mitbestimmung in Betrieben, nicht nur an der Spitze, es ging um ein liberaleres Strafrecht. Und generell: Nicht nur die Jungen, sondern die Bürgergesellschaft sollte sich zu mehr Partizipation eingeladen und aufgefordert fühlen. Ich will sagen: Man konnte sich seinerzeit eine Welt nicht vorstellen, in der ein EU-Mitglied, in diesem Fall Ungarns Viktor Orban, in Jubel über die Wahl Trumps ausbrechen kann, weil damit endlich die Ära der „liberalen Nicht-Demokratie“ beendet werde und die „illiberale Demokratie“ beginnen könne. Frankreich, Großbritannien, die USA, das wird in dem Band gezeigt, konkurrierten immerhin in ihrem Bemühen, ihre Gesellschaften zu „modernisieren“ oder „Modernisierung“ sozialdemokratisch zu buchstabieren.

Kristina Meyer, die sich mit Willy Brandt und der NS-Vergangenheit befasst, zeichnet das Bild einer äußerst vorsichtigen SPD und eines mindestens ebenso gebremsten, behutsamen Kanzlers. Die Sozialdemokraten wollen zwar mutiger die „Wahrheit“ artikulieren, aber sie sitzen in einer Falle: Sie suchen nach Mehrheiten, also können sie die Mehrheitsdeutschen nicht auf die Anklagebank setzen wegen ihrer Vergangenheit. Immerhin hatte Brandt – mit seinem Lebenslauf – auch noch Freunde wie Horst Ehmke an der Seite, der dafür plädierte, den Schweige- oder Stillhaltekompromiss der Nachkriegsjahre aufzukündigen, der Republik eine neue Legitimation und Glaubwürdigkeit bei der jungen Generation zu verschaffen.

Man kann die Geschichte der Bundesrepublik auch als Diskursgeschichte lesen, es formierte sich sehr allmählich eine breite gesellschaftliche Koalition auf vielerlei Ebenen gegen den Adenauer'schen Obrigkeitsstaat, die Restauration, gegen das katholische Treibhaus Bonn (Koeppen). So verstehe ich die Darstellungen der mentalen, intellektuellen Lage in der frühen Bundesrepublik von Alexander Gallus oder Jens Hacke. Walter Dirks Name steht stellvertretend für diejenigen, die einer „ausgebliebenen Revolution“ 1933 und auch wieder 1945 nachtrauern. Dass sie oft insgeheim der neuen Bundesrepublik – trotz der Kritik an Adenauer – applaudierten, illustriert diese Rückschau. Ihre Vernunft besiegte den revolutionären Traum von der „Volkssouveränität“. Aber solche Ambivalenzen, kann man heute gelassen sagen, entwerten den Lernprozess keineswegs. Wenn Linksintellektuelle in den Nachkriegsjahren, wie es hier heißt, die Bedeutung der Verfassung „schätzen, aber nicht lieben“ lernten, notiert man sich beiläufig: es wäre

schon viel heutzutage, wenn man sich darauf verständigen könnte. Und ich meine nicht nur Polen und Ungarn damit.

Als „spannungsvolle Beziehung“ zwischen Großintellektuellen mit einer langen Liste von grundsätzlichen Differenzen schildert Jens Hacke die Rolle von Jürgen Habermas (der gerade 90 geworden ist) und Ralf Dahrendorf. Man liest es mit einer gewissen Nostalgie. Beide haben schon mit ihren frühen Schriften Ende der 50er und inmitten der 60er Jahre enorm zur Selbstverständigung der Demokratie beigetragen – und beide gehörten zu jener Diskurswelt, die sich gegen den Adenauer-Konsens eine „andere Republik“ erstritten.

Selbst der vorsichtige Dahrendorf drängte auf eine gesellschaftliche Demokratisierung, also weit über rationale politische Planung hinaus, auf die Einübung in die Konfliktdemokratie. Er schloss die Idee einer besseren Gesellschaft – mehr als eine frei flottierende Marktwirtschaft im Kapitalismus, frei von einem alles dominierenden Ökonomismus – durchaus mit ein. Soziale Mobilität, gleiche Lebenschancen, „Bildung als Bürgerrecht“, so fächerte Dahrendorf das auf. Erst eine radikalere Systemdebatte löste dann Ängste und Widerstand aus – vom Bund Freiheit der Wissenschaft bis zur „konservativen Tendenzwende“. Die Rolle der APO als „Demokratisierungskatalysator“ sei wichtiger gewesen, heißt es bilanzierend, das finde ich auch. Am Ende mündete das alles, wenn ich das Gros der Autoren richtig verstehe, in einen zivilisierten Prozess, in Bürgerinitiativen, eine gewisse Basisdemokratie, die Grüne Partei. *Fridays for future* knüpft an diese Graswurzeltradition an, Pegida mit den rechtsradikalen Hetzparolen ganz sicher nicht.

Die Zivilgesellschaft, das bleibt in der Summe, hatte eine starke Parteien- und Parlamentsdemokratie vis-à-vis, und das braucht sie nach meiner Ansicht auch. Jedenfalls gemessen am Zustand der Volksparteien heute. Sogar die CDU unter Kohl – auch das ist hier nachzulesen – musste lernen, auf demokratische Weise Kontroversen auszutragen.

Die Verhältnisse in den drei Ländern, USA, Frankreich, Großbritannien blieben ungleichzeitig, mal eilte die Bundesrepublik beim „Modernisieren“ voran, dann wieder die Linke in den USA. Besonders rasch und aggressiv wuchs die „alarmistische Sorge um die Demokratie“ (Martina Steber) in Großbritannien, wo 1979 Margret Thatcher ins Amt gehievt wurde. 1982 folgte hierzulande mit Kohl die ungleich mildere Variante.

Doch ist nicht alles Gold, was glänzt: Die Sozialdemokraten verbrüderten sich aus Sicht der osteuropäischen Dissidenten oder der polnischen Solidarność in den 80ern viel zu unkritisch mit den kommunistischen Machthabern und verlängerten sogar künstlich ihr Leben. „Mehr Diktatur wagen?“ Ja, zu dieser Frage (Kapitelüberschrift) gab es leider allen Grund. Die fatale Entwicklung in der Sozialistischen Internationale (SI), deren Präsident Brandt lange war, hat Bernd Rother kritisch aufgespießt: So lange wurden die Grenzen dessen, was als demokratisch-sozialistisch gelten sollte, ausgedehnt, bis in einigen Ländern Lateinamerikas, vor allem aber in Tunesien und Ägypten die „befreundeten“ Machthaber von den demokratischen Protesten von unten weggefegt wurden.

Überzeugend ist das Buch auch deshalb, weil das alles nicht relativiert wird. Und dennoch meine ich, dass die Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren etwas von ihrem provinziellen Charakter verlor und der Blick in die Welt sich öffnete. Für mich jedenfalls muss ich gestehen: Gerade diese komprimierte „Historisierung“ vermittelt den Eindruck einer gewissen Unumkehrbarkeit auf dem langsamen Wege der „Demokratisierung der Demokratie“, um es mit Claus Offe zu sagen.

Genau das geschieht derzeit aber. Sicher ist es mit dem neuen Nationalismus bei uns noch nicht so weit wie bei Trump mit America first, bei Italiens Mussolini-nahen Innenminister Salvini oder bei Premier Babis in Prag. Rechtsstaats-Prinzipien werden nicht überall so locker vom Tisch gewischt wie in Warschau oder Budapest. Aber immerhin: „Lügenpresse“ kommt auch hier vielen leicht über die Lippen, der repräsentative Parlamentarismus wird gern als Kartell denunziert, das diejenigen ausgrenzt, die als einzige die Wahrheit vertreten und die Interessen „des Volkes“. Im Parlament sitzen 92 AfD-Politiker, mit einem Alexander Gauland an der Spitze, der bürgerlich auftritt, aber systematisch die Grenzen nach Rechts außen abbaut.

Die Medien – darauf geht dieser lehrreiche, sehr differenzierte Band nicht näher ein – erlebten 1969 und danach, als um die Ostverträge gerungen wurde, eine Sternstunde und vielleicht ihre beste Zeit. Es existierte noch so etwas wie eine „politische Öffentlichkeit“ im Habermas'schen Sinne. Die Kommunikationen verlaufen heute oft radikal anders. Ohne Nostalgie – aber die Zahl der Clicks und Likes und Followers im Netz verrät nichts über eine demokratische Legitimation. Darüber hinaus, das jedenfalls ist mein Leseindruck und meine Erinnerung, herrschte bei allen Meinungsunterschieden ein gewisser Grundkonsens in der Fraktion der „Modernisierer“ und „Demokratisierer“, von Dirks bis Dahrendorf über Habermas und Offe vielleicht sogar bis Johannes Agnoli oder Peter Bürger. Mindestens über die Richtung. Das ist passé. Unter dem Strich trug das aber alles zur Selbstliberalisierung der Republik bei. Das ist unbestritten. Es geht hier auch nicht um eine Verklärung.

Nur hatte ich angenommen, die Konflikte der 60er, 70er und 80er Jahre – die Lehr- und Gesellenjahre vor der Vereinigung 1989, die hier aus der zeitlichen Distanz noch einmal erinnert werden – hätten uns stärker gegen Rückfälle ins Autoritäre und Nationale oder gegen neue Gefährdungen immunisiert. Vielleicht hängt diese Erwartung der Unumkehrbarkeit – eine Illusion? – tatsächlich mit dem Mythos dieses Anfangs, 1969, zusammen. Damals konnte man nach langem Vorlauf in den 60ern auf einen Demokratisierungsschub von unten hoffen, und im Großen und Ganzen war das nicht falsch; heute kommt von unten überraschend mächtig ein Anti-Demokratisierungsschub, mit dem Alleinvertretungsanspruch auf den Lippen, „wir sind das Volk“. Das wahre Volk. Gegen die korrupten Eliten oben. Trump geht (per Twitter mit 150 Symbolen) dabei voran. (Das ist mehr als eine „angedichtete Legitimationskrise“, wie ein Autor in der FAZ behauptete; Detlef von Daniels). Bei aller erreichten Liberalisierung: Anlass genug jedenfalls gibt es, ähnlich grundsätzlich darüber zu reflektieren, was „wir wollen mehr Demokratie wagen“ denn 2019 unter ganz anderen Umständen

heißt. Mir erscheint dieser Sammelband, auf eine merkwürdige Weise sehr weit weg, also wie eine höchst überfällige Inspektionsreise ins analoge Zeitalter – aber zugleich wie eine Flaschenpost, die an etwas überaus Verteidigungswertes erinnert, eine diskursoffene und dialogfähige Demokratie, die langwierigen politischen Prozessen vertraut. Dieser Diskurs findet derzeit nicht wirklich statt, man kann auch sagen, er hat keinen Ort.